

Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort:
Riesaer Platz.
Herausg. Nr. 22.
Verlag Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönheim, des Amtsgerichts und der Anwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weitzen behördlicherseits bestimmtes Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1884.
Einzelnummern
Riesa Nr. 22

Nr. 247.

Dienstag, 22. Oktober 1929, abends.

82. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Zustellung. Für den Fall des Eintritts von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Abzüge und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 20 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 30 mm breite Reklamazeile 100 Gold-Pfennig; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Feste Tarife. Demotografischer Rabatt, wenn der Betrag verfallt, durch Abgabe eines Kuponen bei der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen. Achtstündige Unterhaltungsbeilage "Wochenspiegel an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Radoslawow †.

Der ehemalige bulgarische Ministerpräsident Wassil Radoslawow, der 1915 das Bündnis mit den Mittelmächten schloß, ist nach schwerer Krankheit im Alter von 72 Jahren in der Berliner Charite gestorben.



Ein unbewusstes Leben ist durch den Tod Wassil Radoslawows zum Abschluß gekommen. Daß auf den Höhen des Lebens als Ministerpräsident, dann im Gefängnis, war er persönlich eine Veranschaulichung der wechselnden Schicksale, die sein Land durchschlugen. Er hat noch die Vertreibung des Fürsten Alexander von Battenberg miterlebt, und wurde unter dem Regenten Stambulow Ministerpräsident. Seine Einstellung war absolut russenfeindlich und deutschfreundlich. Dazu machte er beitragen, daß er selbst in Deutschland studiert hatte. Als Radoslawow mit Stambulow zerfiel, und gegen den Fürsten Ferdinand aggressiv wurde, mußte er zum ersten Male für ein Jahr ins Gefängnis wandern. Aber 1894 wurde er schon wieder Innenminister, dann Justizminister, dann Finanzminister. Noch einmal wanderte er vier Monate ins Gefängnis, als die politische Opposition ans Ruder kam. Aber der Zusammenbruch Bulgariens im zweiten Balkan-Kriege brachte ihn wieder in die Höhe, da sich die bulgarischen Ruffreunde in ihrer Hoffnung gelaßt sahen und nunmehr Radoslawow die Beziehungen zu Deutschland und Deutschland herstellten mußte. Er betrieb jetzt eine zielbewußte Revanchepolitik, für deren Erfolg er im September 1915 die Zeit gereift glaubte. Damals schloß er sich den Mittelmächten an, und Bulgarien erlebte vorübergehend den glänzendsten Triumph über seine Feinde. Doch fiel schon ein Vermutstropfen in den Siegesbecher, als an der Herrschaft über die Dobrußa auch die Türkei, der andere Balkan-Bundesgenosse der Mittelmächte, beteiligt werden mußte. Das verurteilte eine Mißlingung, der Radoslawow zum Opfer fiel. Sein Nachfolger Malinow schloß den Sonderfrieden mit der Entente, der das Signal zum Zusammenbruch der Mittelmächte gab. Nach Kriegsende bekam Radoslawow den Prozeß gemacht, er entzog sich aber dem lebenslänglichen Kerker durch die Auswanderung nach Deutschland. Auch die Amnestie hat ihm dann freilich den Weg zu neuer politischer Wirksamkeit nicht eröffnet.

Das endgültige Ergebnis der französischen Senatswahlen.

X Paris. Das letzte noch ausstehende Ergebnis der Senats-Erneuerungswahl brachte die Wiederwahl des auscheidenden Senatspräsidenten. Nach der bestehenden Fraktionsordnung setzt sich vom 1. Januar ab der Senat wie folgt zusammen: Rechte 9 (bisher 9), Republikanische Mitte 23 (22), Republikanische Vereinigung 71 (78), Demokratische und Radikale Vereinigung 24 (30), Demokratische radikale Mitte 152 (149), Sozialisten 16 (15), Fraktionslose 9 (8).

Verchiebung der Spanienfahrt des „Zeppelein“.

X Friedrichshafen. Die für Dienstag in Aussicht genommene Fahrt des Luftschiffes „Zeppelein“ nach Nordspanien und Barcelona ist wegen schlechten Wetters, das jetzt über dem Mittelmeer herrscht, vorläufig bis zum Donnerstag verschoben worden.

Sächsische Sorgen und Probleme.

Wfl. Dresden, 21. Oktober. Das Verhältnis zwischen der sächsischen Regierung und der Presse ist in den letzten Jahren nicht gerade vorbildlich gewesen. Man mußte sogar den Eindruck haben, als ob die Regierung danach strebe, von der Presse möglichst wenig zu hören und diese andererseits von ihren Plänen und Absichten möglichst wenig hören zu lassen. Das soll jetzt anders werden. Jedenfalls betonte Ministerpräsident Dr. Wanger in einer gestern in der sächsischen Staatskanzlei abgehaltenen Pressekonferenz, daß es das Bestreben seiner Regierung sein werde, die Beziehungen zur Presse möglichst intensiv zu gestalten; nicht um dadurch einer Kritik vorzubeugen, aber um dieser Kritik die sachlichen Unterlagen zu liefern und um der Presse dabei zu helfen, die Wahrheit zu finden. Dr. Wanger sprach dabei die Hoffnung aus, daß dies dazu führen werde, daß man in der Presse erkenne, daß die Regierung bestrebt sei, unter den gegenwärtigen Verhältnissen das Beste aus dem Möglichen für Sachsen und seine Bevölkerung herauszuholen ohne Rücksicht auf Parteigegensätze und weltanschauliche Bindungen. Er hoffe, daß so die Presse dazu beitragen könne, als Mittler zu dienen auf dem Wege zur Volksgemeinschaft.

Zur sachlichen Erörterung nahm sodann als erster

Innenminister Dr. Richter

das Wort, der sich mit einer Reihe dringender kommunaler Probleme auseinandersetzte. Leider würden diese trotz ihrer großen Bedeutung in der Öffentlichkeit vielfach noch nicht genügend berücksichtigt. Der Minister kam zunächst auf die Selbstverwaltung zu sprechen, die nach seiner Ansicht noch weiter ausgebaut werden müsse. Es sei anzustreben, im untersten Verwaltungskörper, also in den Gemeinden, alle Aufgaben zusammenzufassen und ihnen auch nach Möglichkeit die Erledigung der übertragenen Staatsaufgaben voll zuzumessen. Aus dieser Erwägung heraus sei auch in letzter Zeit die Überweisung der übertragenen Staatsaufgaben an die Gemeinden Rücksichtnehmend, Radoslawow und Radoslawow erfolgt. Andererseits müsse die Staatsverwaltung nicht als Überwachungs-, sondern als Beratung angesehen werden. Ein weiteres wichtiges Problem sei die Fiktion der Gemeindebezirke, wo noch manches im Argen liege. Leider sei die Regierung gegenwärtig weder in der Lage Eingemeindungen zu verhindern noch zu erzwingen. Auch der Paragraph 4 des im alten Landtag noch eingebrachten Verwaltungsreformgesetzes sei keine befriedigende Lösung. Seine Geschwindigkeit sei zudem nicht unbefristet. Wenn durch Verhandlungen keine befriedigende Lösung erreicht werden könne, müsse die Angelegenheit durch besonderes Gesetz bereinigt werden.

Der Minister wandte sich dann gegen das Ausscheiden von Gemeinden mit mehr als 30 000 Einwohnern aus dem Bezirksverband, da dessen Leistungsfähigkeit dadurch vielfach völlig vernichtet würde. Auch hier müsse im Einzelfalle durch Gesetz die Regelung erfolgen. Andererseits forderte der Minister ein Gesetz, um den Zusammenbruch von kleinen und kleinsten Gemeinden zu vermeiden zu erleichtern mit dem Ziele, diesen Zweckverband in eine Gesamtgemeinde unter einem Bürgermeister überzuführen. Die Genehmigung von Zusammenschlüssen von Gemeinden ohne vorherigen „billigen Ausgleich“ dürfe nicht zur Regel werden.

Ausführlich ging der Minister dann auf die Finanznot der Gemeinden ein, wobei er von dem Fall Gießhütte und Weihen ausging. Ein Fall Gießhütte dürfe sich nicht wiederholen, das sei die feste Absicht der Regierung. Der Fall Weihen sei in vieler Beziehung typisch für die gegenwärtig herrschenden Kassenverhältnisse der Gemeinden. Eine Beseitigung der Defizite durch Zuweisungen und Steuern sei weit unmöglich. Die Gemeinden müßten daran gehen, die Ausgaben abzukappen. Und hier seien vielfach erhebliche Anlässe vorhanden. In vielen Gemeinden werde es allerdings auch bei größter Sparsamkeit nicht möglich sein, den Haushalt zu balancieren. Hier müße geholfen werden. Der Finanzausgleich dürfe unter keinen Umständen eine Verschleierung bringen. Eine solche würde nicht mehr tragbar sein.

Der Minister kam sodann auch auf die Gemeindefinanzreue, den Verwaltungsstellenbeitrag, zu sprechen, die recht verschiednen beurteilt werde. Wichtig sei auch der sogenannte innere Finanzausgleich, die Verteilung der Steuern nach der Kopfzahl und dem Steueraufkommen. Hier sei demnach mit der Einführung eines entsprechenden Verteilungswortes an den Landtag zu rechnen. Der Ausgleichsbedarf reiche gegenwärtig nur für außerordentliche Dotierungen.

Auf die Verteilung der Kraftfahrzeugsteuer, die Wegebeiträge und die Übernahme der sog. Schwarzgelben Steuern durch den Staat übergehend, wies Dr. Richter darauf hin, daß es unmöglich sein werde, das sächsische Straßennetz in seiner Gesamtheit in seiner jetzigen Form weiter für schwere Kraftwagen aufrecht zu halten. Man werde sich auf das unbedingt Notwendige beschränken müssen. In Bezug auf die Grund- und Gewerbesteuer hielt der Minister die Verkopplung dieser beiden Steuern für wünschenswert, da die Verhältnisse hier doch vielfach zu verschieden lägen.

Zum Schluß führte der Minister aus, daß in Bezug auf die außerordentlichen Ausgaben der Grundbesitz unbedingt aufrecht erhalten bleiben resp. werden müsse, daß bezügliche Ausgaben nur bewilligt würden, wenn die dazu erforder-

lichen Mittel vorhanden seien. Dagegen sei vielfach festgestellt worden. Daraus erkläre sich auch meistens die bedrückte Kassenlage der Gemeinden. Außerordentlich drückend seien aber auch die Wohlfahrtsausgaben infolge der Erwerbslosigkeit, die den Etat der Gemeinden unvorhergesehenweise teilweise völlig über den Haufen geworfen hätten. Daher werde sich auch die Bewilligung von Defizitansleihen vielfach nicht vermeiden lassen. Allerdings sei an eine Beseitigung der gegenwärtigen Kreditverhältnisse, unter denen Reich und Länder genau so zu leiden hätten wie die Gemeinden, bis auf weiteres nicht zu denken.

Finanzminister Weber

ging bei seinem Referat zunächst auf die trostlosen Arbeitsverhältnisse in Sachsen ein, die er an Hand eines allerdings meist bekannten Materials im einzelnen belegte. Nachdem die Regierung alles getan habe, was in ihren Kräften stehe, sei die Hilfe des Reiches unumgänglich notwendig. Die im Haushaltsplan vorgesehenen Mittel für Notstandsarbeiten seien fast völlig verbraucht und die Kassenlage sei außerordentlich angespannt, da es nicht möglich sei, eine Anleihe zu erhalten. Der fürzlich von der sächsischen Regierung unternommene Versuch, von der Reichsregierung größere Mittel zu erhalten, sei bis heute im wesentlichen leider vergeblich geblieben. Die hierüber erschienenen Pressemeldungen, insbesondere in sozialdemokratischen Blättern, seien leider viel zu optimistisch. Zwar habe Reichsfinanzminister Dr. Hilferding zunächst versprochen, daß die sächsischen Werke für eine Auslandsanleihe noch vor Annahme des Haushaltsplanes der Borrang erhalten sollten, damit die sächsische Staatsbank, die jetzt große Mittel habe vorrücken müssen, wieder für den sächsischen Staat zur Verfügung stehe. Aber die Anleihebedingungen seien von der Reichsbank nicht genehmigt worden. Vor Annahme des Haushaltsplanes sei überhaupt und in keinem Falle auf eine Anleihe zu rechnen. Auch wegen des Nachtragsetats des Reiches betr. die produktive Erwerbslosenfürsorge in Höhe von 30 Millionen Mark habe man in Bezug auf den auf Sachsen entfallenden Teil keine feste Zusage erhalten können. Für den Wohnungsbau seien zwar staatliche Mittel vorhanden, aber es bestehe keine Möglichkeit für die Beschaffung der ersten Hypothek und der erforderlichen Zuschüsse. Das durch, daß die Landesversicherungsanstalten gespart worden seien, in diesem Jahre Reichsdarlehenswechsel zu übernehmen, sei für Sachsen hier ein Ausfall von 17 Millionen Mark entstanden. Dr. Hilferding habe lediglich zugesagt, daß es sich nur um eine einmalige Maßnahme handle. In diesem Jahre aber seien jedenfalls diese 17 Millionen. Daraus komme, daß das Reich den Anteil Sachsen an den 200-Millionen-Fonds von 1926 nunmehr zurückfordere. Der Reichsfinanzminister habe sich höchstens mit einer evtl. kleinen Schonfrist für die hierfür in Frage kommenden 12 Millionen einverstanden erklärt. Die ausländische Wohnungsbauanleihe, die 100 Millionen Mark habe bringen sollen, sei ein voller Schlag ins Wasser gewesen. Es seien kaum 5 Millionen Mark untergebracht worden. So seien gegenwärtig keine Mittel vorhanden, um die an sich ausgearbeiteten Wohnungsbaupläne in Angriff zu nehmen.

Der Minister ging sodann auf die Steuerpläne des Reiches ein, soweit bisher etwas davon bekannt geworden ist. Er erkannte die Notwendigkeit an, zunächst erst einmal den Reichsetat in Ordnung zu bringen, verlangte aber im übrigen, die Ersparnisse des Haushaltsplans für eine Steuerentlastung zu verwenden. Hierzu sei ein Spargesetz für Reich und Länder empfehlenswert. Unter allen Umständen müße aber vermieden werden, daß bei der ganzen Finanzreform lediglich eine Lastenverchiebung zu ungunsten der Länder und Gemeinden herauskomme. Der Minister erinnerte in diesem Zusammenhang an die eventuelle Absicht einer Erhöhung des Anteils des Reiches an der Einkommensteuer von 25 auf 40 Prozent. Das bedeute für Sachsen einen Ausfall von etwa 50 Millionen. Auch eine Herabsetzung der Einkommensteuertreuen Grenze würde Sachsen evtl. verhängnisvoll schädigen. Demgegenüber könne die Biersteuererhöhung und die Getränkesteuer der Gemeinden unter keinen Umständen auch nur einen annähernden Ersatz bilden. Auch der Verwaltungsstellenbeitrag könne keine wesentliche Hilfe bringen.

Der Minister schloß mit dem Bemerkten, daß es gegenwärtig fast unmöglich sei, einen Haushaltsplan für Sachsen aufzustellen, da man ja in Unkenntnis der Pläne des Reiches gar keine festen Anhaltspunkte habe. Die befriedigende Lösung dieser Fragen sei eine Lebensfrage für Land und Gemeinden.

Wahlwunsch des Reichspräsidenten an Edison.

Washington. (Funkpruch.) Bei der Edison-Fahrt in Dearborn (Michigan) verlas Owen D. Young ein Telegramm des Reichspräsidenten v. Hindenburg, in dem dieser dem gleichaltrigen großen Erfinder herzlichste Glückwünsche zum goldenen Jubiläum der Erfindung der elektrischen Glühlampe übermittelte. Minutenlanges Beifall folgte der Verlesung des Telegramms, die ganz Amerika im Radio mit anhörte.